



BERLINER NOTIZEN

www.dorothee-schlegel.de

6. März 2015

Dr. Dorothee Schlegel
Mitglied des
Deutschen Bundestages

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

Termine

07.03. 13.30 Uhr
Nominierungskonferenz der
SPD Neckar-Odenwald zur
Landtagswahl 2016, Buchen

07.03. 17.00 Uhr
Landesversammlung der
Europa Union in Ettlingen

08.03. 11.00 Uhr
Pferdemarkt in Bad
Mergentheim

09.03. 08.15 Uhr
Workshop "Schleier des
Nichtwissens" an der
Realschule in Obrigheim

11.03.— 12.03.
Reise mit Bundesbildungs-
ministerin **Prof. Dr. Wanka**
nach Ankara

13.03. 17.00 Uhr
„Leben.s.erfahren“
Seniorenkongress in
Mosbach mit Sozialministerin
Katrin Altpeter

Weitere Termine unter:
www.dorothee-schlegel.de

die Aschermittwochsreden sind gehalten und die 5. Jahreszeit mit ihrer obligatorischen Erkältungswelle ist vorüber – allen, die noch husten und niesen: Gute Besserung! **Jetzt kann der Frühling kommen!**

In Berlin ist die SPD-Bundestagsfraktion der treibende Motor der Koalition und auch in Baden-Württemberg zeigt sich deutlich: **Die SPD regiert und das Land kommt voran!**

Wir haben gute Gründe, **sehr selbstbewusst** auf unsere politischen Erfolge in vielen Bereichen zu verweisen.

Wir machen Deutschland Schritt für Schritt wirtschaftlich stärker und sozial gerechter.

Allein in dieser Woche haben wir die **Frauenquote** und die **Mietpreispbremse** beschlossen. Das **Investitionspaket zur Entlastung der Kommunen** haben wir um zusätzliche 5 Mrd. Euro erhöht.

Bereits zum zweiten Mal in Folge hat unser Land Baden-Württemberg – vor Bayern – die **niedrigste Arbeitslosenquote** (4,1 Prozent) aller Bundesländer.

Auch bei der **Qualität in**

den Kindertageseinrichtungen hat sich das Ländle zum Vorreiter entwickelt: Es erzielte das bundesweit mit Abstand beste Betreuungsverhältnis in Gruppen von Kindern unter drei Jahren. Der **Pakt für Familien** leistete den entscheidenden Schub.

Gute Arbeit, Zeit für Familien und Bildungs-gerechtigkeit verbindet die **SPD** zu einem Dreiklang, der bei den Menschen ankommt.

Lasst uns gemeinsam zum Wohle von uns allen daran weiterarbeiten.

Eure Dorothee

Kurz notiert

Auf **meine Initiative** hin starteten die Sparkassen im Neckar-Odenwald-Kreis die Aktion „**Eine Chance, mit Ihrer D-Mark noch etwas Gutes zu tun**“ zugunsten des **Odenwald-Hospizes**.

Wer von uns hat nicht schon einmal beim Auf-

räumen eine D-Mark-Münze oder einen verkniterten Schein gefunden und nicht so recht gewusst, was damit zu tun ist.

Nun stehen in den Sparkassen kleine rote **Spar-schweine**, die sich gerne auch mit Euros „füttern“ lassen.



SPD

Frauenquote ist Gesetz – Durchbruch der gläsernen Decke

Endlich – zwei Tage vor dem Internationalen Frauentag hat der Deutsche Bundestag die **Frauenquote** beschlossen.

Der von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend **Manuela Schwesig** (SPD) und vom Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, **Heiko Maas** (SPD), gemeinsam vorgelegte Gesetzentwurf hat **das Ziel, den Anteil von Frauen in den Führungsgremien von Wirtschaft und Verwaltung deutlich zu erhöhen**. Alle zurückliegenden Selbstverpflichtungen haben nicht funktioniert.

Nun gibt es endlich mit der **Quote ein wichtiges Instrument**, um einen kulturellen Wandel einzuleiten und **überholte Rollenverteilungen** hinter uns zu lassen. Frauen werden in Führungspositionen **sichtbarer** sein und so zum Vorbild für viele andere Frauen. So kann die **partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frauen und Männern** selbstverständlicher werden.

Der Staat ist dafür verantwortlich, dass **die im Grundgesetz formulierte Gleichberechtigung** von Frauen und Männern **tatsächlich in der Le-**

benswirklichkeit ankommt. Genau hierfür setzt die Frauenquote ein **deutliches Signal** in allen gesellschaftlichen Bereichen: Denn wir alle sind gefordert, **Geschlechtergerechtigkeit im Alltag** umzusetzen. Zwar mag das Gesetz zur Frauenquote in Führungspositionen nur für eine kleine Gruppe **direkte Auswirkungen** haben, doch bin ich davon überzeugt, dass die Quote dazu beiträgt, **das Rollenverständnis zu verändern**.

Frauen bilden in Spitzenpositionen der deutschen Wirtschaft die Ausnahme. Gerade einmal **sieben Prozent** der Vorstandsämter waren in den **DAX-30-Unternehmen** zuletzt mit Frauen besetzt. Seit Jahrzehnten warten **hochqualifizierte Frauen** in Deutschland in der zweiten Reihe. **Frauen machen häufiger Abitur als Männer; Frauen schließen ihr Studium öfter erfolgreich ab**. Es ist mehr als unverständlich, warum wir uns diese **gigantische Ressourcenverschwendung** leisten. Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt in Deutschland brauchen das Engagement von Frauen und für die schrumpfende Gesellschaft ist dieses Signal dringender denn je.

Und es geht weiter: Wir müssen auch **strukturelle Hemmnisse** zur Vereinbarkeit von Mutterschaft und Karriere entschlossener angehen. Mit dem **ElterngeldPlus**, dem **Ausbau der Kinderbetreuung** und der **Familienpflegezeit** hat die SPD bereits ein **tragfähiges Fundament** für eine aktive Elternschaft, die kein Karrierehindernis mehr sein muss, gelegt. Wir in der SPD-Bundestagfraktion werden gemeinsam mit Familienministerin Schwesig weiter daran arbeiten. Es ist zudem im Zuge der **Quotendebatte** deutlich geworden, dass Angebote zur Vereinbarkeit von Karriere, Lebensqualität und Familie in der heutigen Absolvent*innengeneration ein wichtiger Faktor bei der Wahl des Arbeitgebers sind.

Die Frauenquote wird Deutschland verändern. Sie wird offener, wettbewerbsfähiger und moderner. Bald werden sich selbst die Kritiker*innen kopfschüttelnd fragen, was zuvor eigentlich ihr Problem mit der Quote war.

Politischer Aschermittwoch in Ludwigsburg



Mit **Angelika Klingel**, SPD-Landtagskandidatin für den Wahlkreis Herrenberg/Leonberg (links) und unserer Landessozialministerin **Katrin Altpeter**

Und mit **Leni Breymaier**, ver.di Landesbezirksleiterin und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende



Dokumentationspflicht beim Mindestlohn schützt Arbeitnehmer*inneninteressen

Eine repräsentative Umfrage von Infratest Dimap zeigt, **dass 86 Prozent der Bürger*innen die Einführung des Mindestlohns befürworten**. Sie durchschauen das Herumnörgeln vieler Unternehmen an der Dokumentationspflicht **als gezielte Umgehung der Lohnuntergrenze**.



Dieses Ergebnis spiegeln die unterschiedlichen Anfragen an mich wider: Sehr erstaunt war ich an manchen Stellen über steuerliche und gesetzliche Lücken, die **oft zulasten**

von Arbeitnehmer*innen mehr oder weniger zum Gewohnheitsrecht wurden.

Ganz unabhängig vom Mindestlohn deckt diese Debatte **Ungerechtigkeiten** auf und hilft, sie zu beseitigen.

Ich danke allen, die mir geschrieben haben und so dazu beitragen, **dass der Mindestlohn zum Erfolg wird**.

Klein, aber fein gewinnt zum Schutz der Arbeitnehmer*innen der gute alte Stundenzettel an Gewicht, der ja nicht mehr ist als eine kleine Tabelle auf einem handelsüblichen Din-A4-Blatt.

Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland

Das Parlament hat mit großer Mehrheit der **Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland zugestimmt**. Das Geld, um das es jetzt geht, ist **kein neues Geld!** Es handelt sich um die letzte Tranche des Darlehens, dem der Deutsche Bundestag 2012 zugestimmt hat.

Nach schwierigen Verhandlungen hatte sich die Eurogruppe darauf verständigt, **wie das Programm für Griechenland fortgesetzt** werden kann. Das am 28. Februar ausgelaufene Programm wurde mit dem Ziel verlängert, die letzte Programmüberprüfung **erfolgreich abzuschließen**. Die innerhalb der vereinbarten Programmbedingungen bestehende Flexibilität soll bestmöglich genutzt werden. Wie, das wird **gemeinsam** von der **griechischen Regierung** und den „**Institutionen**“ erörtert, die bislang als Troika bezeichnet wurden: Europäische Kommission (KOM), Europäische Zentralbank (EZB) und Internationaler Währungsfonds (IWF). **Die nun viermonatige**

Verlängerung soll zudem für Beratungen über ein mögliches Nachfolgeprogramm genutzt werden.

Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion bedeutet dies, **dass sich die Vernunft vorerst durchgesetzt hat**. Die neue griechische Regierungspartei Syriza hat eingesehen, **dass die Unterstützung der europäischen Partner an Bedingungen geknüpft war und dass es ohne diese Bedingungen keine weitere Unterstützung geben kann**. Die Gegenleistung, die alle von den Griechen erwarten, besteht darin, dass sie **den begonnenen Reformprozess fortsetzen und vertiefen**, gemeinsam mit den europäischen Partnern und eng begleitet von den Institutionen.

Dadurch ist die Diskussion um einen Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone vom Tisch, die einige in Deutschland leichtfertig befeuert haben. **Für uns Sozialdemokrat*innen war der „Grexit“ nie eine Option**. Die Kosten für die

deutschen Steuerzahler wären immens hoch und **die politischen Folgen für die gesamte EU** nicht absehbar.

Mit den Hilfskrediten **wurde und wird vor allem Zeit gewonnen**, um die **dringend notwendigen Reformen durchführen** zu können. Dazu gehören zum Beispiel die Etablierung einer effizienten Steuerverwaltung und eines funktionierenden Grundbuchwesens. Ganz prioritär sind die Bekämpfung von Schwarzarbeit und Korruption.

Für die SPD-Bundestagsfraktion war immer klar, dass die Krisenländer allein durch Sparpakete und Daumenschrauben nicht vorankommen. Wir Sozialdemokrat*innen sind weiterhin davon überzeugt, dass **die europäische Einigung im deutschen Interesse ist und bleibt** und wir in Deutschland mehr als jedes andere Land der Eurozone von unserer Gemeinschaftswährung profitieren.

Ausbildungschancen für benachteiligte Jugendliche verbessert

Mit der **Assistierten Ausbildung**, die wir in dieser Woche im Bundestag verabschiedet haben, schafft die Koalition bessere Ausbildungschancen für rund 10.000 Jugendliche – und zwar im Betrieb.

Bisher hat auf dem **Ausbildungs-**markt ein **Förderinstrument gefehlt**, das lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen eine Ausbildung in einem regulären Betrieb ermöglicht. Das heißt, dass sie ihren Beruf **in der betrieblichen Praxis des ersten Arbeitsmarktes** sowie durch den Besuch einer Berufsschule erlernen.

Unter **Assistierter Ausbildung** ist zu verstehen, dass fachlich und sozialpädagogisch geschulte Assistenten Jugendliche in den Betrieben begleiten. Sie stehen dort Arbeitgeber*innen als Ansprechpartner zur Seite.

Dank der SPD-Bundestagsfraktion konnte die Zielgruppe derjenigen, denen dieses Instrument zugute kommen wird, ausgeweitet werden. Künftig können auch Jugendliche, die aufgrund besonderer Lebensumstände eine betriebliche Ausbildung nicht beginnen, fortsetzen oder abschließen, von der Assistierten Ausbildung profitieren.

zen oder abschließen, von der Assistierten Ausbildung profitieren.

Mit der Assistierten Ausbildung und der Ausweitung der Zielgruppe für ausbildungsbegleitende Hilfen setzen die Koalitionsfraktionen einen Beschluss der **Allianz für Aus- und Weiterbildung** und eine Empfehlung des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit um.

Sie wird bereits für das kommende Ausbildungsjahr 2015/16 zur Verfügung stehen.



Auf Einladung des Ausschusses für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) des **Europäischen Parlaments** war ich in Brüssel zu einem Gedankenaustausch mit Mitgliedern der zuständigen Ausschüsse der nationalen Parlamente, der EU-Breitrittsländer und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates mit dem Ziel „Frauen und Mädchen durch Bildung stärken“ – **„Empowering women and girls through education“**.



Kommunen entlasten – Zukunft sichern

Allein mit einer modernen Infrastruktur bleibt Deutschland wettbewerbsfähig. Nur leistungsfähige Kommunen können notwendige Investitionen und Daseinsvorsorge stemmen. Deshalb hat sich die **SPD-Bundestagsfraktion** von Beginn an in der Koalition mit Erfolg dafür stark gemacht, die Kommunen zu unterstützen.

Unterm Strich hat die SPD jetzt das seit Jahrzehnten größte Entlastungsprogramm für Kommunen auf den Weg gebracht. Gemeinsam mit dem Mittelaufwuchs für Kindertagesstätten, für die Städtebauförderung und der Unterstützung bei der Unterbringung von Flüchtlingen summieren sich die Hilfen für Kommunen zwischen 2015 und

2018 auf über 15 Mrd. Euro.

Eine gute Investition in unsere Zukunft!

Höhere kommunale Entlastung:

Bisher war vereinbart, dass die Kommunen von 2015 bis 2017 um jeweils eine Milliarde Euro entlastet werden. Die Forderung der SPD war, diesen Betrag schon 2017 deutlich zu erhöhen. Jetzt haben wir erreicht, dass die Entlastung der Kommunen 2017 um weitere **1,5 Mrd. Euro** auf insgesamt 2,5 Mrd. Euro steigt und 2018 mit 5 Mrd. Euro ihre volle Höhe erreicht. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten.

Kommunales Investitionsprogramm: Für finanzschwache Kommunen wird 2015 mit einem Sondervermögen von **3,5 Mrd. Euro** ein Investitionsfonds eingerichtet.

Mehr Mittel für Infrastruktur: Die Investitionen in die Verkehrswege und in die digitale Infrastruktur werden nochmals deutlich um über **4,3 Mrd. Euro** angehoben. Zusätzlich werden Mittel aus der Versteigerung von Frequenzen für den Breitbandausbau genutzt.

Ca. **2,5 Mrd. Euro** zusätzlich für **höhere Investitionen in Energieeffizienz**, Klimaschutz und Städtebau.

Für ein neues Einwanderungsgesetz — pragmatisch, modern und sozial

Die positive Lage auf dem Arbeitsmarkt sorgt für Überschüsse bei den Sozialversicherungen und für solide finanzierte öffentliche Haushalte. **Aber unsere Gesellschaft altert und demografische Prognosen** beziffern für die kommenden zehn Jahre den Verlust von Arbeitskräften für unser Land auf über sechs Millionen. Eine Entwicklung, die unseren wirtschaftlichen Wohlstand bedroht.

Nicht zuletzt deshalb ist es zentrales Ziel der SPD, die in Deutschland lebenden Arbeitskräfte bes-

ser zu mobilisieren und zu qualifizieren:

Wir wollen die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie voranbringen**, damit mehr Frauen die Möglichkeit haben, von Teil- in Vollzeitarbeit zu wechseln. **Gestärkt werden muss die Aus- und Weiterbildung** von Arbeitnehmer*innen und Arbeitslosen. Auch die 1,5 Million **junge Menschen** auf unserem Arbeitsmarkt, die bislang ohne Berufsausbildung sind, verdienen **eine zweite Chance durch nachträgliche Qualifizierung.**

Auch mit diesen Maßnahmen wird Deutschland auf den Zuzug quali-

fizierter Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen sein.

Darum schlagen wir konkret vor, bisherige rechtliche Regelungen in einem **Einwanderungsgesetz übersichtlich zu bündeln.** Im engen Dialog mit Gewerkschaften und Arbeitgebern wollen wir **nachvollziehbare Kriterien** für die Zuwanderung von Fachkräften schaffen. Diese Kriterien sollten flexibel, am tatsächlichen Bedarf orientiert und sozial ausgewogen sein. Einwanderung soll nicht dazu benutzt werden, Lohnniveau und Arbeitsbedingungen zu drücken.

Mietpreisbremse kommt ohne Abstriche

Wir haben uns durchgesetzt: **Die Mietpreisbremse kommt** – ohne Abstriche am bisherigen Gesetzentwurf. Ein wichtiger Erfolg für Millionen Mieterinnen und Mieter. Damit wird der **Mietexplosion** in vielen Ballungsräumen und Hochschulstädten ein Ende gesetzt. Mietsteigerungen von über 30 Prozent sind in Städten

bei Wiedervermietungen inzwischen keine Seltenheit mehr. In den von den Ländern ausgewiesenen Gebieten darf die Miete künftig bei Wiedervermietung maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen.

Um Anreize für den Neubau von Wohnungen zu setzen, sind Neu-

bauten und umfangreiche Wohnungsmodernisierungen von der Mietpreisbremse ausgenommen.

Wir entlasten Mieterinnen und Mieter auch bei den **Maklerkosten.** Künftig gilt: **Wer den Makler bestellt, der muss ihn auch bezahlen.** Es ist gut, dass die Mietpreisbremse jetzt schnell kommt: **Wohnen darf nicht**

Medizinische Versorgung flächendeckend sichern

Gute medizinische Versorgung darf auch in Zukunft **keine Frage des Wohnortes** sein. Das geplante Gesetz sieht vor, in Regionen, die von Unterversorgung bedroht sind, die Versorgungsstrukturen zu flexibilisie-

ren und mehr an die Realitäten anzupassen. Um die hausärztliche Versorgung zu stärken, soll die Zahl der mindestens zu fördernden Weiterbildungsstellen von 5000 auf 7500 erhöht werden. Unterstützt werden soll

die **zeitnahe Terminvermittlung bei Fachärzten** durch Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen.



Großer 35. Fränkischer Narrenringumzug mit 111. Jubiläum der Narrengesellschaft Lauda — mit passendem Autokennzeichen...



Besuch des DRK in Bad Mergentheim mit Prof. Dr. Romen in der integrierten Leitstelle



Spendenaktion zugunsten des Odenwald-Hospizes – „Ihre D-Mark für den guten Zweck!“



Besuch der Geschäftsstelle des Kinderschutzbundes in Mosbach



In der Integrationsfirma ISO gGmbH in Mosbach mit Dr. Martin Rosemann, MdB, Guido Zilling (Diakonisches Werk) und Barbara Klein (ISO)



In der Heidelberger Friedrich-Ebert-Gedenkstätte



**Kreismeisterschaft des
Sportschützenkreises Mosbach**



**Gemeinsam mit den Jusos sage ich NEIN! zu Hetze
und Verleumdung in Tageszeitungen**



**Politischer Aschermittwoch in Ludwigsburg mit
Bundesjustizminister Heiko Maas
und Kreistagsmitglied Ute Schindler-Neidlein**



**Gedenkveranstaltung am
Friedrich-Ebert-Denkmal in Krumbach**



**Kranzniederlegung am Grab Friedrich Eberts in
Heidelberg mit Lothar Binding, MdB**



**Kranzniederlegung am Grab Friedrich Eberts in
Heidelberg mit Innenminister Reinhold Gall**



Für Fragen, Wünsche und Anregungen stehen mein Team und ich gern zur Verfügung:

**Wahlkreisbüro
Neckar-Odenwald**

Badgasse 3
74821 Mosbach
Tel.: 06261 937 32 22
Fax: 06261 937 32 23

dorothee.schlegel.ma05@bundestag.de

Ralph Hornung

Naile Sulejmani

Hilda Löser-Schäfer

Tabea Grünewald

Dr. Dorothee Schlegel, MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Paul-Löbe-Haus 5.133
Tel.: 030 227 74846
Fax: 030 227 76845

dorothee.schlegel@bundestag.de

Johannes Gamer

Silke Pachal

**Wahlkreisbüro
Main-Tauber**

Marienstr.1
97922 Lauda-Königshofen
Tel: 09343 589 68 16
Fax: 09343 589 13 48

dorothee.schlegel.ma04@bundestag.de

Renate Gaul



BERLINER NOTIZEN

www.dorothee-schlegel.de
www.facebook.com/dorothee.schlegel.spd